

Leiden an der Energiewende

Beim Wirtschaftstag der CDU dominiert die Kritik – und auch Brüssel gibt nicht klein bei

Eigentlich könnte nun erst einmal Ruhe einkehren rund um die Energiewende. Das Ökostrom-Gesetz EEG braucht nur noch den Segen des Bundesrats, der aber sicher ist. Die Industrie muss nicht mehr um künftige Privilegien bangen, der Aufruhr in der Ökobranche hat sich gelegt. Aber Entspannung? Nichts da.

Am Donnerstag trafen in Berlin einige Hauptdarsteller der Energiewende zusammen, etwa Brüssels Energiekommissar Günther Oettinger, der RWE-Chef Peter Terium, oder auch Kurt Bock, Vorstandsvorsitzender der BASF und mithin einer der größten deutschen Stromverbraucher. Sie sind gekommen zum Wirtschaftsrat der CDU, es wird noch einmal eine Generalabrechnung mit der Energiewende. „Die Lebenslüge war zu erklären, es tut nicht weh“, sagt etwa BASF-Chef Bock. „Es tut eben weh, aus der Kernkraft auszusteigen.“

Es sind Schmerzen, die Terium durchaus teilen kann. Schließlich seien die Energiekonzerne auf stabile Rahmenbedingungen angewiesen „Nach fünf Jahren die Spielregeln zu ändern, ist eine Vernichtung von Kapital“, ereifert sich der RWE-Chef. Wenn dadurch die Versorgung unsicher werde, betreffe dies auch die Industrie. „Insofern sind meine Probleme auch Ihre Probleme.“

FDP-Chef Christian Lindner, mit Applaus empfangener Gast des CDU-Wirtschaftszirkels, würde das frisch reformierte EEG am liebsten abschaffen – es habe mit Markt und Wettbewerb nicht mehr viel gemein. Doch dafür sieht der EU-Kommissar kaum Chancen. „Das Kind ist schon in den Brunnen gefallen“, sagt Oettinger. Deutschland sei „unterwandert“ von Eigenheimbesitzern mit Solaranlagen, Bauern mit Biomasse-Kraftwerken oder Bürgern, die Anteile an Windparks gezeichnet haben. Ein Einwand, den Bundeskanzlerin Angela Merkel später noch einmal aufgreifen wird. Viele Bürger hätten sich im System eingerichtet. Für Reformen werde es „schwieriger, Mehrheiten zu finden.“

Auch in Brüssel ist Frieden fern. Am Vormittag trommelt hier Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia die Presse zusammen, er will auch noch ein bisschen was zu Deutschland loswerden – vor allem aber will er eins: noch mal nachlegen. Vorige Woche war Almunia mit dem deutschen Energieminister Sigmar Gabriel (SPD) aneinandergeraten. Die Kommission hatte Nachforderungen zum EEG aufgestellt, die an die Substanz der Förderung insgesamt gingen: Importierter Ökostrom sei gegenüber inländischem Strom benachteiligt, dies müsse abgestellt werden. Die Bundesregierung hielt das für unfair. Nie habe Brüssel davon ein Sterbenswort gesagt.

Die Bundeskanzlerin hat die EU-Kommission ermahnt, die Energiewende in Deutschland nicht zu gefährden. Wenn ein mindestens 15 Jahre altes Fördersystem mit Bestandsschutz plötzlich angegriffen werde, schaffe das Verunsicherung. „Das werde ich als Bundeskanzlerin mit allen meinen Kräften in Brüssel bekämpfen, weil das nicht geht.“ Auf diese Weise würden Investitionen verdrängt, sagte Merkel auf dem Wirtschaftstag. Im Gegenzug müsse Deutschland bereit sein, die Ökostrom-Förderung marktkonformer auszugestalten und in Richtung eines europäischen

Energie-Binnenmarktes zu entwickeln. Die jetzige EEG-Reform sei ein Schritt, aber nicht der letzte.

Almunia zeigte sich „überrascht von den Vorwürfen“ aus Deutschland. Die Forderungen aus Brüssel seien schon lange bekannt gewesen. Er wundere sich, „wer ein Interesse daran haben kann, einen großen Streit zu inszenieren“. Immerhin stellte Almunia eine „Lösung“ in Aussicht. In den übrigen verbliebenen Fragen versuche man, noch vor der Sommerpause Klarheit zu schaffen – darunter auch ein Punkt, der BASF-Chef Bock Sorge macht: Denn die EU stößt sich an Sonderregeln für bestehende Kraftwerke der Industrie, sie sollen 2017 noch einmal überprüft werden. Ein „Damoklesschwert“ sei das, so Bock.

Dabei ist das nicht die letzte offene Rechnung mit Brüssel. Denn die Kommission hat immer noch Zweifel, ob die Industrie-Rabatte nach dem alten Ökostrom-Gesetz rechtens sind; die schwarz-gelbe Regierung hatte es 2012 nicht notifizieren lassen. Seit Monaten wird verhandelt, eine Einigung ist nicht in Sicht. Er habe nie versprochen, so Almunia, „dass es keine Rückforderungen geben wird“. Dann freilich wäre es mit der Entspannung endgültig vorbei.

M. Bauchmüller, C. Gammel, SZ, 4.7.14